

## **Auf in eine gerechtere Schweiz!**

Liebe Genossinnen und Genossen

Es reicht. Fertig Neoliberalismus! Das Jahr 2008 hat gezeigt, dass der Neoliberalismus eine Katastrophe ist. Das Jahr 2008 hat gezeigt, was neoliberale Politik anrichtet. Das Jahr 2008 hat gezeigt, dass der freie Markt sich definitiv nicht selbst reguliert.

Das Resultat der gescheiterten neoliberalen Politik unseres Landes: 200 Menschen werden pro Tag arbeitslos hier. Pro Tag 200 Arbeitslose mehr. Die Arbeitslosigkeit hat im März 3,4 % erreicht. Bei den 20- bis 24-Jährigen sind gar 5,1 % arbeitslos. Jeder zwanzigste Jugendliche in der Schweiz ist ohne Arbeit! Und die Prognosen sind düsterer als düster: In einem Jahr wird die Quote ohne drastische Gegenmassnahmen auf 10 % steigen. Die Leidtragenden des Neoliberalismus sind die Arbeitnehmenden, die ihren Beitrag an den Wohlstand des Landes, der Firmen geleistet haben und nun auf dem Abstellgleis parkiert werden.

Genossinnen und Genossen, es ist Zeit, unsere Stimme zu erheben, laut zu erheben: Hier in diesem Land läuft etwas nicht gut, nein, nicht nur nicht gut, sondern grundsätzlich falsch. Noch immer haben die Neoliberalen nicht kapiert, was sie mit ihrem Gerede von freiem Markt und ihrer unendlichen Gier angerichtet haben. Die grösste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg bahnt sich an, wir stehen erst am Anfang, die Arbeitslosenzahlen werden weiter steigen, die Kurzarbeit wird zunehmen, Massenentlassungen werden bei unserer täglichen Zeitungsektüre die Wirtschaftsmeldungen dominieren.

Drei Beispiele dafür, dass in der Schweiz grundsätzlich etwas falsch läuft:

1) Der Bundesrat wirft per Notrecht der UBS 68 Milliarden Franken in den Rachen. Absolut bedingungslos. Per Notrecht. Und was macht die Bank wenige Wochen nachher? Sie zahlt ihren unfähigen Investment-Bankern Boni in Millionenhöhe aus. Wir Schweizerinnen und Schweizer, wir Steuerzahlerinnen und Steuerzahler finanzieren die Boni der Banker, die diese weltweite Krise mitausgelöst haben! Eine unglaubliche Frechheit, was sich hier die UBS leistet. Und was meint die Politik dazu? Die einzige Partei, die die staatliche UBS-Finanzspritze an Bedingungen knüpfen wollte, ist die SP. Genossinnen und Genossen, dafür

gibt es einen Grund: Die SVP, die FDP und die CVP lassen sich seit Jahren von der UBS ihre Parteiarbeit finanzieren. Kein Wunder, schenkt man der UBS da mal so locker vom Hocker 68 Milliarden. Ohne Bedingungen. Ob das Wort «bestechlich» in diesem Zusammenhang völlig falsch ist? Es läuft etwas komplett falsch in unserem Land.

2) Bundesrätin Leuthard sagte im Oktober: «Es gibt keine Krise» und «null Anzeichen für eine Rezession». Während andere Länder rundherum anfangen, Konjunkturpakete zu schnüren, igelte sich unser Bundesrat, allen voran die Vorsteherin des Volkswirtschaftsdepartements, ein. Milliarden schwere Konjunkturankurbelungsprogramme wurden beschlossen, in Amerika, in Deutschland, nur die Schweiz diskutiert über lächerlich kleine Beträge im Millionenbereich, schaut seelenruhig zu, wie das Land immer tiefer in die Krise gerät. Die Krise, die laut Bundesrätin Leuthard noch im Oktober nicht existierte. Die SP, Genossinnen und Genossen, hat Druck gemacht, dass die Konjunkturprogramme höher als vom Bundesrat geplant ausfallen. Doris Leuthard will jetzt mal bis Juni zuwarten, um über ein weiteres Konjunkturpaket nachzudenken. Bis Juni geht es noch einunddreissig Tage. Mal 200 Arbeitslose. Gibt 6200 Arbeitslose. Alleine bis Juni. So geht es nicht! Wir brauchen ein Konjunkturpaket – jetzt! Und zwar eines, wie es die Schweiz noch nie gesehen hat. Es läuft etwas komplett falsch in unserem Land.

3) Auch die Kantone spinnen – und sparen. Auch hier wären Konjunkturpakete dringend nötig. Aber nur die wenigsten haben schon eines geschnürt – auch im Thurgau ist es erst angekündigt. Und was es genau beinhaltet, wissen wir noch nicht. Auch in den Kantonen läuft etwas grundsätzlich falsch. Kanton Luzern: Rechnungsüberschuss von fast 200 Millionen Franken, 153 Millionen davon werden auf die hohe Kante gelegt. Kanton St. Gallen: Rechnungsüberschuss von 311 Millionen. Vollumfänglich dem freien Eigenkapital zugewiesen. Kanton Solothurn: Rechnungsüberschuss von 122 Millionen. Vollumfänglich dem Eigenkapital zugewiesen. Kanton Aargau: Rechnungsüberschuss von 190 Millionen. Werden nicht als Gewinn ausgewiesen, sondern dienen als «Bilanzausgleichs-Reserve», werden also als Kosmetik für die kommenden Rechnungen verwendet. Kanton Thurgau: Rechnungsüberschuss von 78 Millionen. Werden wie in den anderen erwähnten Kantonen gespart. Sparen in der Krise? Grundsätzlich falsch. Jetzt muss investiert werden! Es läuft etwas komplett falsch in unserem Land.

Aber im Thurgau zieht man lieber Steuern auf Vorrat ein. Denn das Geld muss auf die hohe Kante – für die unsoziale, ungerechte und absolut verantwortungslose Steuerreform Flat Rate Tax! 100 Millionen verschenkt der Kanton in Zukunft pro Jahr an die Reichen und die noch Reicheren. Bezahlen muss diese Reform der Mittelstand. 100 Millionen pro Jahr in die Flat Rate investieren und darauf hoffen, dass die Millionäre scharenweise in den Thurgau strömen und ihre Millionen hier versteuern? Der Kanton Obwalden zeigt: Die Strategie geht nicht auf, die Steuerfüsse müssen erhöht werden, weil das Geld nicht reicht. Genossinnen und Genossen: Das ist eine kopf- und absolut verantwortungslose Steuerreform, die wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten von Anfang an bekämpft haben. Auch hier, wie bei den Bankern, herrscht die Gier und der zur absoluten Sinnlosigkeit verkommene Steuerwettbewerb. Stopp! Wir lassen nicht zu, dass mitten in der Krise Geld auf die hohe Kante gelegt wird. Wir fordern eine Steuerfussenkung, die die Konjunktur jetzt ankurbelt und allen zugute kommt. Wir lassen nicht zu, dass der Kanton das Geld der mittelständischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler den Reichen in den Rachen wirft und diese nicht mehr nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden. Wir lassen nicht zu, dass der Kanton weiterhin Steuern auf Vorrat einzieht und aus einer gierigen Träumerei heraus die Kantonsfinanzen gefährdet! Genossinnen und Genossen, zusammen schaffen wir es, kämpfen wir gegen die unsoziale Flat Rate Tax, zusammen gelingt es uns, dass das Thurgauer Volk am 27. September Nein zur Flat Rate sagen wird!

Jetzt müssen wir das Geld in die Wirtschaft investieren, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Studienabgängerinnen und Studienabgänger, für die Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger, für die Lehrstellensuchenden in diesem Land! Wir müssen unsere Stimme jetzt erheben, wir müssen Druck machen, um die Arbeitsplätze zu sichern, um die Lehrstellen zu sichern, um neue Arbeitsplätze und Lehrstellen zu schaffen. Fertig Neoliberalismus. Es reicht. Auf in eine gerechtere Schweiz!